

Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon

Neujahrsempfang 2008

**Mittwoch, 09. Januar 2008
Historisches Kaufhaus Freiburg**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

ich begrüße Sie herzlich im Namen der Stadt, des Gemeinderats und des Bürgermeisteramts, und ich wünsche Ihnen ein gutes und ein hoffentlich erfolgreiches und glückliches neues Jahr 2008, Glück, Gesundheit und Zufriedenheit im privaten wie im beruflichen Bereich.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie zunächst, dass ich im Namen aller ein Wort der Anteilnahme zum Tode des emeritierten Erzbischofs Herrn Dr. Saier ausspreche. Die Stadt und die Bürgerschaft trauern mit dem Ordinariat und der Kirche um einen wahren Freund und Förderer und einen Menschen von großer persönlicher Bescheidenheit. Erzbischof Dr. Saier wird uns im öffentlichen und kirchlichen Leben sehr fehlen, und uns im Rathaus auch als ein Ratgeber im Kuratorium Augustiner-museum.

I.

Meine Damen und Herren, um zu wissen, wohin man geht, muss man wissen, wo man steht und woher man kommt. Deshalb gehört zur Vorschau auf das neue Jahr 2008 auch der Rückblick auf das alte Jahr 2007.

Um es sehr deutlich zu sagen: 2007 war seit vielen Jahren unser bestes und erfolgreichstes Jahr. Vor einem Jahr haben wir von einem Silberstreif am Horizont gesprochen. Daraus ist ein ziemlich blauer Himmel geworden – nicht immer wolkenlos, aber doch überwiegend heiter und meistens besser als das metrologische Wetter.

Freiburg ist auf gutem Weg. 2007 sind viele Weichen in Richtung einer nachhaltigen, einer ökologischen, sozialen und generationengerechten Stadtentwicklung gestellt worden. Lassen Sie mich dafür einige Beispiele nennen:

II.

Das Thema Klimaschutz hat im letzten Jahr auf der Bühne der Weltpolitik eine große Prominenz erfahren. Dabei ist Freiburg, deutlich mehr noch als vorher, zur Pilgerstätte von Politikern und Journalisten aus aller Herren Länder geworden, was das Thema Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung als Vorbild und Beispiel für andere angeht.

Das freut uns und macht uns auch ein Stück weit stolz, soll aber nicht dazu führen, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen. Nein, im Gegenteil, die Klimaschutz-Beschlüsse des Gemeinderates im letzten Jahr haben gezeigt, dass uns das nur noch mehr anspornt.

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: 40 % weniger CO₂ bis 2030. Das ist nicht mit einem großen Wurf zu schaffen. Wir brauchen vielmehr viele große und kleine Veränderungen, vor allem auf den Gebieten Verkehrspolitik und Energiepolitik. Deshalb sind die im Herbst erfolgten Weichenstellungen für drei neue Stadtbahnlinien auch richtig. Dieses Jahr fangen wir in der Sanierung der Habsburger Straße an, und im nächsten Jahrzehnt geht's nach Zähringen und Gundelfingen, über den Rotteckring und auf die Messe. Und weil Klimaschutz nicht an der Stadtgrenze aufhört, brauchen wir genau so Verbesserungen bei den regionalen S-Bahn-Linien. Hier bin ich dankbar, dass wir kurz vor Weihnachten noch eine Vereinbarung mit dem Land erreicht haben. Das gibt uns Planungssicherheit für den engagierten Ausbau des regionalen Nahverkehrs für die nächsten Jahrzehnte.

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist aber viel mehr als eine gute ÖPNV-Politik. Unser Markenzeichen in Freiburg ist die Solarenergie, sind die regenerativen Energien. Wir brauchen aber flächendeckend energiesparende Investitionen in Wärmedämmung, in Niedrigenergie- und Passivhäuser und den verschärfen Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch badenova. Private Kunden bekommen seit dem 1. Januar ein garantiert atomstromfreies Ökostromprodukt mit einer deutlichen Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Das sind allein 30.000 t/a für Freiburg. Das war übrigens eine Forderung des Freiburger Energieversorgungskonzepts von 1986. Sie sehen, manchmal braucht man in der Politik einen langen Atem.

Den Menschen ist außerdem damit geholfen, wenn wir die Gebäudesanierungsprogramme voran bringen, um Heizkosten – und damit die Nebenkosten als „zweite Miete“ - zu senken. Klimaschutzpolitik ist in Freiburg eben schon lange auch Beschäftigungspolitik und schafft Arbeitsplätze. Wenn wir das Thema ernst meinen, dann brauchen wir mehr Aufklärung und Überzeugungsarbeit, weil man Klimaschutz nicht einfach von oben „verordnen“ kann, sondern die Menschen aus eigener Überzeugung mitmachen müssen. Und schließlich brauchen wir bessere und wirksamere Gesetze, wenn wir dieses ambitionierte Ziel schaffen wollen.

III.

Was heißt: nachhaltige, sozial gerechte Stadtentwicklung? Es bedeutet: Positive Rahmenbedingungen für zusätzliche Arbeitsplätze, und es bedeutet, dass Menschen, die Beschäftigung suchen, diese auch finden. Arbeitsplätze zu schaffen ist die beste Sozialpolitik! Und auch insofern war 2007 ein gutes Jahr für Freiburg.

Wir sind seit Jahren Spitzenreiter beim Zuwachs an Arbeitsplätzen unter allen baden-württembergischen Stadtkreisen. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt heute bei 144.400. Das sind fast 34.000 mehr als vor zwanzig Jahren, oder in kürzeren Zeiträumen gerechnet, 6.000 mehr als 2002.

Die Arbeitslosenquote liegt heute im Stadtkreis bei 7,5 - 7,6 %. Vor zwanzig Jahren waren es 11,4 %, mit einem Abstand von damals über 6 % über dem Landesdurchschnitt. Heute hat sich dieser Abstand halbiert auf 3,3 %.

Wenn wir Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als Entwicklungsziele ernst nehmen – und wir nehmen sie ernst! - , dann müssen wir auch in der Lage sein, in eine zukunftsfähige Infrastruktur zu investieren, was wiederum solide Finanzen voraussetzt. Sowohl, was die Gesundung der städtischen Finanzen, als auch was die Investitionen in die Zukunft angeht, sind wir 2007 gleich mehrere, bedeutende Schritte vorangekommen.

Zukunftsfähige Infrastrukturinvestitionen sind vor allem Investitionen in die Bildung, in frühkindliche Erziehung und in die Schulen. Dass die Zukunft unseres Landes sich beim Thema Bildung entscheidet, fehlt in keiner Sonntagsrede – und auch in keiner Neujahrsrede. Die Frage, die sich daran anschließt, ist lediglich, ob auch Konsequenzen für das konkrete Handeln gezogen werden. In Freiburg tun wir dies, meine Damen und Herren!

Zur Zukunftsfähigkeit gehört ein weiterer Aspekt. Die Gesellschaft befindet sich in einem demographischen Wandel. Einfacher gesagt: Wir werden älter. Das heißt: Bei allem, was man für Stadtentwicklung tut, bedenken wir mit, was das für eine älter werdende Gesellschaft in 10, 20, 30 oder 50 Jahren bedeutet, und wie man die Infrastruktur an die dann vermutlich vorherrschenden Bedarfe anpasst.

IV.

Meine Damen und Herren,

- generationengerechte, nachhaltige Finanzen,

- Investitionen frühkindliche Bildung und Erziehung,
- in eine gut ausgestattete Schullandschaft,
- in eine nachhaltige und umweltgerechte Verkehrspolitik und
- in eine ressourcen- und damit klimaschonende Energiepolitik,

all das sind keine Moden und keine Geschmacksfragen. Sie sind der Kern von modernen Städten der Zukunft. Denn die Attraktivität aller Städte wird in Zukunft wesentlich von diesen Faktoren abhängen. Im Sommer ist im SPIEGEL ein Beitrag darüber erschienen, welche Städte sich besonders entwickeln werden. Es sind die Städte mit den „drei T“: „technology, talents and tolerance“. Das kann man übersetzen mit: Städte mit Kompetenzen in Wissenschaft, Forschung und Lehre, aus denen interessante Arbeitsplätze entstehen; Städte mit hervorragend ausgebildeten jungen Menschen in einem Umfeld, das offen ist gegenüber großstädtisch-urbanen, kulturell vielfältigen Lebensstilen und Lebensentwürfen; und Städte, die sich ihre Neugier bewahrt haben und die offen sind für neue Trends. Und Freiburg, da bin ich ganz sicher, ist eine solche Stadt.

V.

Meine Damen und Herren, die Stadt Freiburg ist ungebrochen attraktiv, und deshalb wächst Freiburg auch nach wie vor. Wir brauchen nach wie vor jedes Jahr mindestens tausend zusätzliche Wohnungen. Das ist der Bedarf aus größerem Wohlstand und aus gesellschaftlichen Veränderungen mit immer mehr Singlehaushalten. Und wir sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass Wohnungen gebaut werden. Sie sind außerdem das beste Mittel, das Mietniveau einigermaßen stabil zu halten, das in Freiburg in den letzten Jahren dank enormer Bautätigkeit Gott sei Dank weniger stark gestiegen ist als sonst in Baden-Württemberg.

Die wichtigste Voraussetzung für Wohnungsbau sind Baurechte. Was das angeht, sind uns im letzten Jahr einige wichtige Durchbrüche gelungen. Das neue Referat für Stadtentwicklung und Bauen hat sich vom Start weg einen guten Namen bei Bauherren und Architekten gemacht. In Rekordzeit konnten etliche Bebauungspläne vom Aufstellungsbeschluss bis zur Baureife geführt werden. Allen beteiligten Mitarbeitern sei an dieser Stelle einmal gedankt für die außerordentlich engagierte Arbeit.

Stadtentwicklung heißt in Freiburg vor allem auch Stadtteilentwicklung. Und das Instrument dafür heißt Stadtteilentwicklungspläne. Der für Zähringen wurde bereits letztes Jahr begonnen, und der für die Unterwiehre kommt dieses Jahr, die anderen Stadtteile werden nach und nach folgen.

VI.

Freiburg ist deshalb für Bauherren und Investoren ein guter Standort. Sie haben Vertrauen in eine attraktive und wachsende Stadt mit einer guten Zukunftsperspektive. Das gilt auch für Büro- und Gewerbeimmobilien. Die anhaltende Nachfrage hierfür macht uns auch für das kommende Jahr optimistisch.

Meine Damen und Herren, ich sprach davon, dass uns im letzten Jahr eine Reihe spektakulärer Durchbrüche gelungen ist. Über das Brielmann-Gelände hatten wir fünfzehn Jahre ergebnislos diskutiert, über die Bebauung des BAKOLA-Grundstückes am Rotteckring fast zehn Jahre, und das Expressgut-Grundstück am Bahnhof war seit Anfang der 90er Jahre eine Brache. Die „Inneren Elben“ sind für St. Georgen seit Jahren ein Dauerthema gewesen.

Das Jahr 2007 hat uns nicht nur bei diesen, sondern auch bei etlichen anderen „kommunalpolitischen Dauerbrennern“ entscheidend weiter gebracht. So sind aus manchen früheren Sorgenkindern jetzt gut laufende Projekte geworden. Wenn Sie mit offenen Augen durch die Stadt gehen, dann ist die Veränderung zu sehen. Im einzelnen ist der Stand bei verschiedenen gewerblichen und Wohnbaustandorten folgender:

- Das x-press am Bahnhof wird im Herbst für gewerbliche und Büronutzung eröffnet werden;
- gegenüber wird der zweite und größere Abschnitt des Wentzinger Hofs gebaut;
- das frühere Fuhrparkgelände an der Berliner Allee, heute „Elsässer Hof“, ist für Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel weit fortgeschritten;
- das ehemalige Bakola-Grundstück ist leergeräumt und soll Ende 2011 als „Quartier Unterlinden“ einen starken Akzent am nordwestlichen Rand der Innenstadt setzen;
- beim Brielmann-Gelände, demnächst „Westarkaden“, ist kurz vor Weihnachten im Gemeinderat der Durchbruch gelungen; dieses Jahr wird mit dem Bau von über 300 Wohnungen, Einzelhandel und Dienstleistungen begonnen;
- das Möbelhaus XXL-Lutz wird im Frühjahr Baurecht erhalten und die „Möbelmeile“ an der Hermann-Mitsch-Straße komplettieren;
- für die Erweiterung des Gewerbegebiets Haid, die so genannten St. George-ner „Schlattmatten“, wird 2008 ein Aufstellungsbeschluss gefasst;
- der Bebauungsplan für die größte innerstädtische Reservefläche für Gewerbe, das ehemalige Güterbahnhof-Nord-Gelände, kommt im Frühjahr in die Of-

fenlage; die jahrelang sehr schwierigen Verhandlungen mit der Besitzerin haben sich angenehm versachlicht.

Meine Damen und Herren, und im Telegrammstil die wichtigsten Wohnungsbauvorhaben:

- Das ehemalige Autohaus Breisgau an der Zähringer Straße
- das frühere Coats-Mez-Gelände in der Oberau, beide mit jeweils 200 Wohnungen
- Inneren Elben in St. Georgen mit 300 Wohnungen
- der alte Sportplatz Opfingen, knapp 200 Wohneinheiten
- die Bettackerstraße in Haslach, eine jahrelange Hängepartie, jetzt eine Baufläche für preiswerten Wohnraum, u.a. von der Stadtbau
- der ehemalige VAG-Betriebshof Nord,
- die Baufläche am Sandfangweg und
- das Hüttingergelände an der Elsässerstraße.

Für alle haben wir bereits Baurechte oder bereiten sie für die nächsten Monate vor, so dass überall auch gebaut werden kann. Das war und ist ein Mammutprogramm für das Baureferat. Um das zu schaffen, werden wir im Sommer das Beratungszentrum Bauen eröffnen. Das heißt: Noch kürzere Wege, noch schnellere Bearbeitungszeiten, und Service aus einer Hand statt eines Behördenmarathons bis zu einer Baugenehmigung.

VII.

Meine Damen und Herren, nicht nur beim Thema Wohnungsbau und Gewerbeinvestitionen sind wir auf einem guten Weg. Nein, auch dem genauso wichtigen, wenn nicht noch wichtigeren Feld der städtischen Finanzen sind wir 2007 nicht nur einen, sondern gleich mehrere große Schritte vorangekommen.

Lassen Sie mich kurz zurück blenden in die Jahre 2005 und 2006. Gegen Ende des Jahres 2006 - das ist erst vierzehn Monate her – lag die sehr reale und keineswegs nur hypothetischen Drohung auf dem Tisch, dass uns der Regierungspräsident fortan strikte Sanierungsauflagen machen werde und alle neuen Ausgaben vom Basler Hof hätten einzeln genehmigt werden müssen. Meine Damen und Herren, das nennt man den Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit oder, wenn Sie so wollen, den Verlust der kommunalen Selbstverwaltung. Nicht mehr der Gemeinderat hätte entschieden, sondern der Regierungspräsident, nicht mehr die Kommune, sondern das Land.

Heute, nur vierzehn Monate später, können wir befriedigt feststellen, dass es gelungen ist, die bösen Geister zu bannen, sie wieder in den Wandschrank zu sperren. Und ich bin dem Gemeinderat in seiner Mehrheit sehr dankbar, dass er die Verwaltungsspitze dabei unterstützt, ja gar ermuntert, alles zu tun, dass die bösen Geister dort bleiben, wo sie sind.

Was ist geschehen und was bedeutet das für den Fortgang der Dinge?

Nun, an den äußeren Rahmenbedingungen haben sich zwei Dinge fundamental verändert. Das eine ist Ihnen bekannt: Die Steuereinnahmen haben sich in einer für die letzten Jahrzehnte einmaligen Weise geradezu explosionsartig nach oben entwickelt. Wenn ich hier ein Bild an die Wand werfen könnte, wären Sie ebenso von der jahrelangen Abwärtskurve beeindruckt, wie von dem raketenhaften Anstieg ab Ende 2006.

Das andere, fundamentale Datum, das uns geholfen hat, wird Ihnen weniger präsent sein. Es handelt sich um die Tatsache, dass der seit nunmehr fünfeinhalb Jahren anhaltende Konsolidierungskurs Früchte – und, wie ich meine, enorme Früchte – trägt. Dass wir 2007 30 Mio. Euro und 2008 sogar 33 Mio. Euro für den Bauunterhalt und die Sanierung der maroden Schulen investieren können, das wäre ohne die Konsolidierung der letzten Jahre trotz steigender Steuereinnahmen undenkbar. Denn diese 30 oder 33 Mio. Euro - das sind ungefähr die jährlichen Einsparungen, die wir in den Jahren 2007 und 2008 mittlerweile bei Personal und Sachkosten erzielen, durch den Umbau der Verwaltung, durch schlankere Strukturen und durch Restrukturierungsmaßnahmen bei den Gesellschaften.

Nur durch das Zusammenwirken von beiden Komponenten, zusätzliche Steuereinnahmen und Ergebnisse der Konsolidierungsbemühungen, ist es uns gelungen, nicht nur keine neuen Schulden aufzunehmen, sondern 2007 und 2008 Schulden von vermutlich 30 Mio. Euro abzubauen, und zusätzlich zu den Haushaltsansätzen in gleicher Höhe Gelder für Sanierungsmaßnahmen für Schulen, Straßen und Brücken aufzubringen.

Deshalb können wir heute sagen: Wenn sich die wirtschaftlichen Grunddaten in den nächsten drei, vier, fünf Jahren nicht dramatisch ändern, und wenn es uns gelingt, weiterhin unsere Hausaufgaben zu machen und die Sanierung unseres Haushalts voranzutreiben, dann werden wir einerseits das seit letztem Jahr sehr hohe Niveau der Investitionen halten können, und andererseits kontinuierlich weiter Schulden tilgen können. Dann, meine Damen und Herren, werden wir auch mal ein wirtschaftlich

schwächeres Jahr verdauen können, ohne gleich die Investitionen wieder auf nahezu Null fahren und ans Streichen von Zuschüssen gehen zu müssen.

Diese Situation, nämlich politisch weitgehend handlungsunfähig zu sein wie noch vor anderthalb, zwei Jahren, die will ich tatsächlich nie wieder erleben und ich glaube, die große Mehrheit im Gemeinderat und auch in der Bürgerschaft ebenfalls nicht. Deshalb kämpfen wir mit großer Entschiedenheit für die Fortsetzung dieses Weges.

Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Weg mit der Bürgerschaft zusammen gehen und den Haushalt auf eine insgesamt breitere Basis stellen. Der im Herbst gestartete Beteiligungshaushalt wird die Bürgerschaft mit den Schwerpunkten der Stadtpolitik vertraut machen und diese Schwerpunkte zur Diskussion stellen. Ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzumachen. Ähnlich wie im Bundestag die Diskussion über den Etat des Kanzleramts, wird der Beteiligungshaushalt eine Generaldiskussion über die entscheidenden Weichenstellungen der Stadtpolitik werden, und wir – Gemeinderat und Verwaltung – sind gut beraten, das Votum ernst zu nehmen. Bei aller Partizipation kann und darf der Gemeinderat aber nicht aus der politischen Verantwortung entlassen werden.

VIII.

Meine Damen und Herren, Kurshalten in der Zeit des Aufschwungs setzt voraus - und das meine ich mit „Hausaufgaben machen“ - , dass wir den vor drei Jahren begonnenen Prozess der Verwaltungsreform mit dem Umbau vieler Ämter konsequent fortführen. Die Effekte bei der Bauverwaltung, der Fusion von Garten- und Tiefbauamt oder der Gründung des wirtschaftlich denkenden und arbeitenden Gebäudemanagements haben bereits Einsparungen von vielen Millionen Euro jedes Jahr gebracht. Und wir sind erst auf halbem Wege. Die Reform des Sozialamtes steht genauso an wie die Bußgeld- und die Ausländerbehörde, der Gemeindevollzugsdienst wie das Vergabe- und Beschaffungswesen. Die Projektgruppe Verwaltungsreform schaut sich Abläufe und Prozesse an und macht sinnvolle Vorschläge, wie wir überall im Service für die Bürger besser und gleichzeitig kostengünstiger werden.

Ich bin, und das möchte ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich wiederholen, sehr dankbar, dass der Gesamtpersonalrat die Zeichen der Zeit sehr frühzeitig erkannt und uns von Anfang an bei dieser für die Beschäftigten nicht einfachen Situation unterstützt.

Wenn uns das gelingt - und ich bin mittlerweile sehr zuversichtlich, dass es gelingen wird -, dann werden wir über kurz oder lang uns sowohl entschulden können, als

auch gleichzeitig kräftig in die Infrastruktur investieren. Dann werden wir, wenn Sie so wollen, an Haupt und Gliedern genesen. Dann wird das wahr, wofür auch die Bundesregierung und Finanzminister Steinbrück und viele Landesregierungen arbeiten, und was bei vielen fast in Vergessenheit geraten war, nämlich dass ein normaler, gesunder Haushalt Überschüsse erzielt für Investitionen in die Zukunft, und nicht für Zinszahlungen als Finanzierung der Vergangenheit. Bis wir soweit sind, muss es zur Selbstverständlichkeit werden, dass in guten Jahren Schulden zurückgezahlt und nicht neue gemacht werden.

Das heißt Nachhaltigkeit im Haushalt und bedeutet nichts anderes, als dass jede Generation für ihren Lebensstandard selbst aufkommen soll, statt ihre Probleme auf Kinder und Enkel zu verlagern. Die werden mit ihren Altvorderen - das sind dann wir, meine Damen und Herren! - noch genug Probleme zu schultern haben.

IX.

Sanierung der Infrastruktur, meine Damen und Herren, heißt auch: das kulturelle Erbe, das wir von unseren Vorfahren vermacht bekommen haben, für die Nachkommen angemessen aufzubewahren und zu präsentieren. Ich freue mich deshalb sehr, heute mit großer Gewissheit sagen zu können, dass das Augustinermuseum Mitte nächsten Jahres eröffnet wird, trotz vieler Schwierigkeiten und Verzögerungen, auf die ich im einzelnen gar nicht eingehen möchte. Und es lässt sich heute auch schon sagen, dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit direkt anschließend die Bauabschnitte 2 und 3 anfangen werden.

Das wird für alle Museen in Freiburg ein Quantensprung werden. Die Sanierung des Adelhausermuseums ist ebenfalls auf gutem Wege, und wir werden eine Lösung präsentieren für die seit Jahren offene Frage eines Zentraldepots. Damit wird die Frage nach der Zukunft der Freiburger Museen eine sehr, sehr positive Antwort erfahren.

Meine Damen und Herren, wenn wir das jetzige hohe Investitionsniveau halten können, dann wird das Programm der Schulsanierung 2012 weitgehend abgeschlossen sein. Dann wird die Hauptfeuerwache ebenfalls saniert sein und auch das Augustinermuseum seiner Vollendung entgegenblicken.

X.

Investitionen in Bildung und Erziehung bedeuten aber nicht nur Investitionen in „Hardware“, d.h. in Gebäude, sondern vor allem auch in „Software“, d.h. Personal

und Ausstattung. Gerade in der vorschulischen Bildung wird angesichts des Drucks der Verhältnisse die Abgrenzung zwischen Bund, Land und Kommunen immer undurchschaubarer. Der Begriff „Kinderbetreuung“ stammt aus einer anderen Zeit, beschreibt ja nicht mehr, was sich in den Kitas und Kinderhäusern bereits heute tut. Es geht um frühkindliche Bildung und Erziehung. Tatsache ist, dass wir die Herausforderung gemeinsam bestehen müssen, die da heißt, dass wir bis 2013 die Plätze für Unterdreijährige von jetzt 18 % auf 39 % mehr als verdoppeln müssen und auch werden. Dies ist kein deutscher, und schon gar kein Freiburger Sonderweg, meine Damen und Herren, sondern das mühsame Heranrobben an den europäischen Standard.

Dabei geht es zum einen darum, die Erwartungen der Eltern zu erfüllen, d.h. es geht um die sogenannte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist wichtig und wird auch von niemand mehr ernsthaft in Frage gestellt. Es geht aber auch um eine der entscheidenden sozialen Fragen der Gegenwart. Nämlich, ob es sich dieses Land länger leisten kann, das sozial undurchlässigste und gegenüber Migrantenkindern abgeschottetste Bildungswesen Europas zu haben. Dass das so ist, ist eine schmerzhaftes Erkenntnis der verschiedenen Pisa-Studien.

Ich meine, das kann sich Deutschland das nicht leisten, und dass man dagegen etwas tun muss. Viele Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen- und einkommensschwachen Familien haben schon am ersten Schultag keine Chance auf einen erfolgreichen Schulabschluss, weil ihnen die sprachlichen und sozialen Fähigkeiten fehlen, die andere Kinder mitbringen. Sie sind nicht dümmer als andere, aber sie haben nicht die gleichen Chancen, solange sie nicht so gefördert werden wie andere.

Gegen diesen Zustand können wir auch als Stadt sehr wohl etwas tun. Nämlich, indem wir die Anzahl der Plätze ausbauen, Ganztagsangebote fördern, die auch einen gemeinsamen Mittagstisch enthalten. Und indem wir dafür sorgen, dass kein Kind mehr zuschauen muss, wenn andere Kinder essen. So etwas darf in einer reichen Gesellschaft, wie wir sie sind, nicht vorkommen. Deshalb bin ich dem Gemeinderat sehr dankbar, dass er einstimmig dafür gesorgt hat, dass ab Februar so was in Freiburg auch nicht mehr passiert. Das darf keine Frage von Kompetenzstreitigkeiten sein, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit.

XI.

Meine Damen und Herren, wenn ich einen Bilanzstrich unter 2007 ziehe, und wenn ich über diesen Bilanzstrich hinaus in die kommenden zwölf Monate schaue, wie

man dies in einer Neujahrsrede tut, dann kommt mir ein Wort von Carl Hilty in den Sinn. Carl Hilty war im 19. Jahrhundert ein Schweizer Staatsrechtler und Nationalrat, und er hat in einem kleinen Bändchen bei Herder Gedanken über „Schlaflose Nächte“ gesammelt. Einer heißt:

„Das Glück des Lebens besteht nicht darin, wenig oder keine Schwierigkeiten zu haben, sondern sie alle siegreich und glorreich zu überwinden“.

Gestatten Sie dazu zwei Anmerkungen: Erstens: Ich denke, genau das ist uns 2007 gelungen, nämlich die Schwierigkeiten zu überwinden. Wir haben das nicht „siegreich“ oder gar „glorreich“ getan, aber im Ergebnis mehr als anständig. Und zweitens: Meine Damen und Herren, das Bändchen „Schlaflose Nächte“ lohnt sich auch tagsüber zu lesen. Ich wünsche Ihnen allen jedenfalls keine schlaflosen Nächte, sondern noch viele erfolgreiche und glückliche Tage im neuen Jahr 2008!